

IndustrieGaseVerband e.V. · Französische Straße 8 · 10117 Berlin

Generaldirektion Wettbewerb  
der EU-Kommission  
Referat B3

IndustrieGaseVerband e.V.  
Französische Straße 8  
10117 Berlin

Telefon +49 30 206 45 88 00  
Fax +49 30 206 45 88 05  
kontakt@industriegaseverband.de

[industriegaseverband.de](http://industriegaseverband.de)

Ref.: HT.582

Per E-Mail: [stateaidgreffe@ec.europa.eu](mailto:stateaidgreffe@ec.europa.eu)

10. März 2020

**Stellungnahme des Industriegaseverbandes (IGV) im öffentlichen Konsultationsverfahren zum Vorschlag der EU-Kommission zur Überarbeitung der *Leitlinien für staatliche Beihilfen im Rahmen des Emissionshandelssystems (EHS-Leitlinien)* - Ref.: HT.582**

Der Industriegaseverband nimmt nachfolgend zur Überarbeitung der EHS-Leitlinien Stellung. Die Stellungnahme beschränkt sich auf den Begünstigtenkreis, die Frage der beihilfefähigen Sektoren. Im Übrigen schließt sich der Verband den Ausführungen und Forderungen seines Dachverbandes, des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), vom 04. März 2019 vollinhaltlich an und verweist zugleich auf die entsprechende Stellungnahme seines Europäischen Fachverbandes der European Industrial Gases Association (EIGA) vom 06. März 2020.

**1. Stromintensive Industriegase**

Die Herstellung von Industriegasen gehört zu den stromintensivsten industriellen Produktionsprozessen. Beispiele hierfür sind die Luftzerlegung zur Gewinnung von Luftgasen wie Stickstoff, Sauerstoff sowie die Herstellung von Wasserstoff mittels Elektrolyse. Angesichts der steigenden Nachfrage nach kohlenstoffarmen Lösungen wird die Elektrolyse künftig an Bedeutung gewinnen.

Der IndustrieGaseVerband e.V.  
ist Mitglied im:



Vorstand:  
Gilles Le Van (Vorsitzender),  
Jens Waldeck (stellv. Vorsitzender),  
Frank Wegmann, Dr. Thilo Rießner,  
Dr. Dirk Hupperich, Werner Marcisch

Sitz: Berlin  
Amtsgericht: Berlin-Charlottenburg  
Geschäftsführer: Werner Marcisch  
Vereinsregister-Nr.: 35897 B  
Steuer-Nr.: 27/620/62647

Commerzbank  
IBAN DE74 3704 0044 0151 0254 00  
BIC COBADEFFXXX



## 2. Unmittelbare Betroffenheit

Von der Ausgestaltung der künftigen EHS-Leitlinien sind die Industriegaseunternehmen selbst unmittelbar betroffen, da die Wettbewerbsfähigkeit der in Deutschland in elektrischen Verfahren hergestellten Industriegase in hohem Maße von den Kosten und den staatlich administrierten Nebenkosten des Strombezugs abhängig ist.

Die Aufnahme des Industriegase-Sektors in den Begünstigtenkreis der künftigen EHS-Leitlinien auch von Kundensektoren unterstützt, die ihrerseits bereits als begünstigte Sektoren vorgeschlagen wurden, z.B. die Stahlindustrie. Diese Sektoren befürchten, dass die steigenden Stromkosten für die Produktion der erforderlichen Industriegase, ob nun direkt durch den jeweiligen industriellen Endverbraucher (eigene Produktion) hergestellt oder an spezialisierte Industriegaseproduzenten (ausgelagerte Produktion) ausgelagert, die Wettbewerbsbedingungen für ihre international gehandelten Endprodukte verschlechtern könnten.

Ohne eine angemessene Entlastung gefährden die im internationalen und europäischen Vergleich hohen deutschen Industriestrompreise die Wettbewerbsfähigkeit des Industriegasesektors, sowie dessen Beitrag zu Wertschöpfungsketten international gehandelter Endprodukte, die in Deutschland hergestellt werden. Beispiele für diese Endprodukte sind u.a. Stahl mit der Zulieferung des Industriegases Sauerstoff.

Der Erhalt von Wertschöpfungsketten im Inland und die Verlagerungen ins Ausland hängen maßgeblich davon ab, ob die Zulieferungen für das international gehandelte Endprodukt auch künftig kostengünstig erfolgen. Das Argument, Preise für zugelieferte Industriegase könnten „überwältigt“ werden, ist im Hinblick auf den europäischen Carbon-Leakage-Schutz nicht zu Ende gedacht. Denn wandern die Kunden der Industriegase ab, wird auch die Herstellung der Zulieferprodukte verlagert.

## 3. Ziele des Emissionshandels

Die Emissionshandelsrichtlinie in der Fassung der Richtlinie 2018/40 (4. Handelsperiode) enthält in Artikel 10a Absatz 6 zu Recht die Aufforderung (*nicht nur die Möglichkeit!*) an die Mitgliedstaaten, indirekte Emissionshandelskosten auszugleichen, die Unternehmen dadurch entstehen, dass Stromerzeuger den CO<sub>2</sub>-Preis auf die Verbraucher abwälzen. Mit einem Kostenausgleich soll dem Risiko der Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen begegnet werden.

Angesichts deutlich gestiegener europäischer Zertifikatepreise und in Folge ebenfalls massiv steigender nationaler Strompreise haben sich die Stromkostenbelastungen der Unternehmen erhöht. Zahlreiche Anzeichen sprechen dafür, dass sich die Erhöhungen weiter fortsetzen werden (Ausstieg aus der Kernkraft, Abschaltung der Kohlekraftwerke, stagnierender Ausbau der Erneuerbaren Energien). Zugleich erhöhen die nationalen und europäischen Anstrengungen zur Elektrifizierung von Industrie und Gesellschaft (u.a. E-Mobilität) die

Nachfrage nach Strom. Für stromintensive Unternehmen verschlechtern sich damit die Bedingungen, in Deutschland kostengünstig zu produzieren.

#### 4. Carbon-Leakage-Schutz

Die Emissionshandelsrichtlinie 2018/40 enthält klare Vorgaben für den „Carbon-Leakage-Schutz“. Sektoren, die auf Grund ihrer Emissions- und Handelsintensität einer Verlagerungsgefahr ausgesetzt sind, wird Carbon-Leakage-Schutz garantiert. Hiervon betroffene Sektoren wurden auf Grundlage eines delegierten Rechtsaktes und nach umfangreicher Datenermittlung bei Erreichen des Schwellwertes in die Carbon-Leakage-Liste aufgenommen und erhalten kostenfreie Emissionszertifikate auf Basis anspruchsvoller Vergleichswerte (Benchmarks) zugeteilt. Zur Bemessung der Emissionsintensität wurden dabei nicht nur die direkten Emissionskosten, sondern auch die indirekten Kosten (Stromkosten) einbezogen (vgl. Erwägungsgründe 10 und 11, Beschluss der EU-Kommission vom 15. Februar 2019). Der Sektor Herstellung von Industriegase mit dem NACE Code 20.11 wurde insbesondere auch aufgrund der ermittelten hohen indirekten Kosten als „Carbon-Leakage-gefährdet“ eingestuft.

#### 5. Inkohärenter EU-Kommissionsvorschlag

Im vorliegenden Vorschlag der künftigen EHS-Beihilfeleitlinien kommt die Kommission auf der Basis eines externen Gutachtens zu einem entgegengesetzten Ergebnis. Damit wird gegen den Grundsatz einer kohärenten und transparenten Klima- und Industriepolitik verstoßen. Dieser Vorschlag schafft zusätzliche Bürokratie, er gefährdet den Industrieanteil an der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung in Europa, ohne zum Klimaschutz beizutragen. Letzteres wird allein durch die Begrenzung der Zertifikatmenge erreicht.

Ursächlich für den Ausschluss des Industriegase von der Strompreiskompensation auf Grundlage der künftigen EHS-Beihilfeleitlinien ist unter anderem die nicht näher begründete Entscheidung der Kommission, die Handelsintensität der „beihilfefähigen“ Sektoren bei der Entlastung von indirekten Emissionskosten mit mindestens 20% anzusetzen. Ferner erscheinen die im Rahmen eines „Ampelsystems“ von externen Gutachtern ermittelten Einschätzungen der Verlagerungsgefahr weder transparent noch nachvollziehbar. Die im Gutachten betrachteten Szenarien berücksichtigen insbesondere noch nicht hinreichend die möglichen Auswirkungen der von der Kommission im Rahmen des New Green Deal angekündigten Strategien und Maßnahmen, die in den kommenden Jahren aller Voraussicht nach einen wesentlich Einfluss auf den CO<sub>2</sub>-Preis haben werden.

#### 6. Drohende Wettbewerbsverzerrungen

Durch den Ausschluss des Sektors der Industriegase bei gleichzeitiger undifferenzierter produktunabhängiger Einbeziehung von durch die Industriegase-Hersteller belieferten Sektoren drohen Wettbewerbsverzerrungen zwischen konkurrierenden Unternehmen, die identische

Produkte in verschiedenen Sektoren herstellen. Insbesondere die ökologisch wie ökonomisch vorteilhafte Auslagerung der Produktion von Industriegasen an spezialisierte Hersteller wird dabei benachteiligt.

Besonders die im Richtlinienentwurf vorgeschlagene Ausweitung des begünstigten Kreises erscheint in diesem Zusammenhang problematisch:

Dies betrifft beispielsweise die Produktion von Sauerstoff und/oder Stickstoff. Deren Herstellung ist vor allem im Rahmen des „Carbon-weighted tonne“ (CWT) Ansatzes berücksichtigt, mit dem die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten und zukünftig auch die Kompensation indirekter Kosten für Raffinerien berechnet wird. Zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen sollte die ausgelagerte Produktion von Sauerstoff und/oder Stickstoff durch Hersteller von Industriegasen gleichermaßen eine Kompensation indirekter Kosten erhalten.

Der Industriegaseverband spricht sich zusätzlich dafür aus, auch Wasserstoff, der in elektrolytischen Verfahren hergestellt wird, von indirekten Emissionskosten zu entlasten, also auch hier eine nationale Strompreiskompensation zuzulassen. Diese Entlastung muss produkt- bzw. verfahrensbezogen, nicht aber auf den Sektor bezogen erfolgen, so dass auch die an spezialisierte Hersteller ausgelagerte Wasserstoffproduktion die Möglichkeit hat, eine Strompreiskompensation zu erhalten. Es kann auch hier nicht darauf ankommen, welchem Sektor das herstellende Unternehmen zugerechnet wird.

Der Industriegaseverband fordert Lösungen, die die notwendigen gleichen Wettbewerbsbedingungen durch Einbeziehung der genannten Produkte in die EHS-Beihilfeleitlinien gewährleisten.

*Der Industriegaseverband (IGV) nimmt die Interessen der deutschen Industriegasebranche wahr, fördert die wirtschaftlichen Belange der Gaseindustrie. Im Interesse der Allgemeinheit und seiner Mitglieder fördert der IGV die Sicherheit und den Umweltschutz bei der Herstellung und dem Umgang mit Industriegasen. Dazu haben sich im IGV Unternehmen zusammengeschlossen, die in Deutschland Industriegase herstellen, abfüllen, vertreiben oder im Umfeld der Industriegase tätig sind.*

*Der IGV ist ein Fachverband des Verbandes der Chemischen Industrie e. V. (VCI) und Mitglied der European Industrial Gases Association (EIGA). Nahezu alle deutschen Unternehmen, die Industriegase herstellen und/oder abfüllen, lagern oder vertreiben, sind im IGV zusammengeschlossen. Die Mitglieder umfassen große und mittelständische Hersteller von Industriegasen, Abfüllbetriebe und Handelsunternehmen sowie Unternehmen im Umfeld von Industriegasen. Die Unternehmen mit überwiegend hochwertigen Arbeitsplätzen, betreiben 57 Luftzerleger und 250 Produktionsstätten und versorgen ca. 100 Wasserstofftankstellen. Mit über 400.000 Kunden erzielen die Unternehmen einen jährlichen Umsatz von über 3 Mrd. €.*